

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Kurt Hill, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

**– Drucksache 16/11878 –**

### **Anreizregulierung im Strom- und Gassektor nachbessern – Benachteiligung von städtischen Versorgern verhindern**

#### **A. Problem**

Nachbesserung der Anreizregulierungsverordnung durch Schaffung von mehr Verfahrenstransparenz, Nachjustierung der nicht beeinflussbaren Kosten zur Ermittlung bei den Erlösbergrenzen, Herausnahme der Übertragungsnetze aus der Anreizregulierung und Regulierung wie bisher über Netzentgeltgenehmigung.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht beziffert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/11878 abzulehnen.

Berlin, den 4. März 2009

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Edelgard Bulmahn**  
Vorsitzende

**Dr. Joachim Pfeiffer**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/11878** wurde in der 205. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Februar 2009 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt des Gesetzentwurfs

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag auf, das Verfahren zur Durchführung der Anreizregulierung transparenter zu gestalten, da die Bundesnetzagentur nicht allen Netzbetreibern ihre Daten uneingeschränkt und in nachvollziehbarer Form zur Verfügung stellen würde. Diese Daten dienten zur Festlegung von Netzgebühren, wobei die effizientesten Unternehmen den Wirtschaftlichkeitsstandard vorgäben. Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. können jedoch kleine und mittlere Stadtwerke die Kosten nicht genauso deutlich senken wie die großen Konzerne mit marktbeherrschender Stellung. Die Stadtwerke könnten daher die Standards nur erreichen, wenn sie Personal entlassen, Löhne unter Mindestlohn-Niveau senken und Teile ihrer Netze unter Wert verkaufen würden. Außerdem verlangen die Antragsteller, dass die Übertragungsnetze als ungeeignet aus der Anreizregulierung herausgenommen werden und bis zu einer Überführung in die öffentliche Hand wie bisher über eine wirksame Netzentgeltgenehmigung reguliert werden.

Berlin, den 4. März 2009

**Dr. Joachim Pfeiffer**  
Berichterstatter

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 16/11878 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 117. Sitzung am 4. März 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 85. Sitzung am 4. März 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/11878 in seiner 87. Sitzung am 4. März 2009 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11878 zu empfehlen.

